

Statt Menschen gegeneinander auszuspielen:

FLÜCHTLINGE



WILLKOMMEN

heißen!



www.dielinke-nrw.de

DIE LINKE.
NORDRHEIN-WESTFALEN

Das neue Asyl-Gesetz verdient seinen

Namen nicht: Statt Verfahren zu verkürzen und eine faire Prüfung der Asylanträge zu gewährleisten, werden die Reste des Asylrechts weiter zurückgeschnitten. Geflüchtete sollen bis zu sechs Monate in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben, Menschen aus den Westbalkanländern sogar bis zu ihrer Abschiebung. In dieser Zeit dürfen sie weder arbeiten noch sich frei bewegen. Mit der Ausgabe von Sachleistungen statt Geldzahlungen werden sie zusätzlich bevormundet. Das ist nicht nur menschenunwürdig, sondern klar verfassungswidrig! Das Asylrecht ist in unserem Grundgesetz als individuelles Menschenrecht festgeschrieben. Dazu gehört, dass alle Geflüchteten ohne Ansehen der Herkunft das Recht auf eine unvoreingenommene Prüfung ihres Antrags haben. SPD, CDU und auch Grüne greifen eines der grundlegenden Menschenrechte an, wenn sie immer mehr Staaten als „sichere Herkunftsländer“ bezeichnen.

Dazu wurden nun auch Albanien, Montenegro und das Kosovo erklärt. Mit der Wirklichkeit hat das nichts zu tun. Im bürgerkriegsgebeutelten Kosovo sind immer noch Tausende von KFOR-Soldaten stationiert. In Albanien werden Sinti und Roma rassistisch verfolgt und diskrimi-

niert – von Sicherheit kann keine Rede sein. Doch Menschen aus diesen Ländern haben nun so gut wie keine Chance mehr auf Asyl.

Menschenverachtend sind auch die von CDU/CSU geforderten Transitzonen: In eingezäunten und bewachten Internierungslagern außerhalb Deutschland sollen Menschen festgehalten und nach Schnellverfahren wieder abgeschoben werden. Eine sachgerechte Prüfung der Asylgründe wäre unter solchen Bedingungen so gut wie unmöglich. Solche Lager werden Menschen auf der Flucht überdies auch nicht aufhalten, sie drängen sie nur auf noch gefährlichere Wege.

„Natürlich können wir es schaffen. Aber dann muss man den Mut haben, das Geld bei den Reichen zu holen und nicht bei den Armen!“

Sahra Wagenknecht

Geflüchtete Menschen, die es zu uns schaffen, werden von den Regierungsparteien und Wirtschaftslobbyisten gegen Betroffene von Hartz IV und Niedriglöhnen ausgespielt: Angeblich müssten zur



Finanzierung der Flüchtlingshilfe nun der Mindestlohn abgesenkt, der Hartz-IV-Regelsatz und die Renten gekürzt werden. Sehr viel teurer als Menschen, die vor Krieg und Elend fliehen, sind für den Staat aber die superreichen Steuerflüchtlinge. Das zeigt: Wir brauchen dringend eine sozial gerechte Politik und eine effektive Besteuerung des Reichtums in Deutschland. Das Geld ist vorhanden, es muss nur anders verteilt werden.

Während für die vor Krieg und Elend Geflüchteten angeblich kein Geld da ist, werden in Deutschland immer mehr Kriegswaffen produziert. Damit werden Konflikte befeuert, vor denen Menschen fliehen. DIE LINKE fordert ein vollständiges Verbot von Waffenexporten, damit das Morden ein Ende hat. An der Zerstörung der Lebensgrundlage der Geflüchteten sind Deutschland und die EU maßgeblich beteiligt.

Und in Nordrhein-Westfalen? Viele Geflüchtete sind in Zelten unterbracht. Nicht nur in der Kälte des Winters ist das ein unhaltbarer Zustand. Das ehrenamtliche Engagement in NRW ist überwältigend, zeigt aber auch, wie hilflos die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung den aktuellen Herausforderungen und Aufgaben gegenüber stehen.

DIE LINKE NRW fordert daher:

■ Schluss mit den Zeltstädten – Wohnungen statt Sammelunterkünfte!

Wir brauchen dringend landesweit gültige Standards zur Unterbringung geflüchteter Menschen. Dass ein Großteil von ihnen noch immer in Zelten leben muss, ist ein unhaltbarer Zustand. Auch die Massenunterbringung in Hallen ist keine menschenwürdige Unterkunft. In vielen Städten NRWs stehen Häuser und Büroflächen leer, die stattdessen unverzüglich für Geflüchtete bereitgestellt werden müssen. Den Menschen muss die Möglichkeit eingeräumt werden, bei Verwandten und Bekannten zu wohnen. Zudem muss der seit Jahren stark rückläufige soziale Wohnungsbau endlich verstärkt werden.

■ Flüchtlingsbeauftragte(r) für NRW

Im Bundesland mit den meisten Flüchtlingen agieren die politisch Verantwortlichen bisher planlos. Wir brauchen für NRW sie Stelle einer/eines unabhängigen Flüchtlingsbeauftragten mit Veto- und Antragsrecht, die/der den Landtag berät, eigene Initiative einbringen sowie Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen und Verordnungen abgeben kann. Von dort soll auch die Bevölkerung über flüchtlingspolitische Belange informiert und



lokale Willkommens- und Hilfsinitiativen unterstützt werden.

■ **Sofort-Investition in Ausbildung**

Geflüchtete Kinder, Jugendliche und Erwachsene in NRW müssen umgehend und kostenfrei Zugang zu Bildungs- und Integrationsangeboten erhalten. Neben dem Spracherwerb als Schlüsselqualifikation muss es vor allem auch Programme zur Integration in die Schulen, Universitäten und den Arbeitsmarkt geben.

■ **Steuerflucht bekämpfen – Reichtum umverteilen**

Dem Land entgehen jährlich Milliarden Euro durch Steuerbetrüger und Steuerflüchtlinge. Diese Reichen und Superreichen sind die eigentlichen Gefährder des sozialen Friedens. Das kann gestoppt werden. Pro Steuer- und BetriebsprüferIn lassen sich durch eine verbesserte Prüfungsdichte schätzungsweise zwischen 500 000 und 1 Million Euro pro Jahr an Mehreinnahmen generieren. Die seit Jahrzehnten anhaltende Umverteilung von unten nach oben muss endlich umgekehrt werden. Reiche zur Kasse!

■ **Den Bund in die Pflicht nehmen – arme Kommunen entlasten!**

Eine effektive Flüchtlingshilfe darf nicht vom Geldbeutel armer Kommunen abhängen. DIE LINKE setzt sich daher unabhängig von Lösungen auf Landesebene für eine komplette Kostenübernahme des Bundes für Flüchtlingsversorgung und Unterkunft für die Zeit des Asylverfahrens und eine anschließende Übergangsfrist ein. Die bisherigen Entscheidungen der Bundesregierung sind zwar ein Schritt in die richtige Richtung, sie sind aber nicht ausreichend!

Weitere Infos zur
Flüchtlingspolitik

nrw.li/fluep



DIE LINKE.
NORDRHEIN-WESTFALEN

*DIE LINKE Nordrhein-Westfalen
Kortumstraße 106-108
44878 Bochum
Telefon 0234/417479 14
E-Mail lgs@dielinke-nrw.de
www.dielinke-nrw.de*

V.i.S.d.P.: Sascha H. Wagner – Gestaltung: Dunkler

